

IHK-Medieninformation

Sächsische Industrie- und Handelskammern veröffentlichen Zukunftsthemen für die deutsche Wirtschaftspolitik 2030

Chemnitz, Dresden, Leipzig, 14. Januar 2025. Die sächsischen Industrie- und Handelskammern (IHKs) Chemnitz, Dresden und zu Leipzig haben heute ihre zehn Kernforderungen für die Wirtschaftspolitik 2030 vorgestellt. Diese sollen als Leitfaden für die Kandidaten der Bundestagswahl 2025 dienen und den Weg in eine wirtschaftlich starke Zukunft weisen. [Das vollständige Papier ist auf der Webseite der IHK Chemnitz abrufbar.](#)

„Deutschland steht an einem wirtschaftlichen Wendepunkt. Die Herausforderungen durch mangelndes Produktivitätswachstum, die Alterung der Bevölkerung und zaghafte Digitalisierung erfordern entschlossene Reformen“, sagte Max Jankowsky, Präsident der IHK Chemnitz. „Unsere Forderungen zielen darauf ab, kurzfristig klare Wachstumsimpulse zu setzen und den Standort Deutschland langfristig zu stärken.“

Zentrale Forderungen der IHKs:

1. **Bürokratieabbau und Deregulierung:** Ein umfassendes Bürokratieabbauprogramm soll unternehmerische Freiheit gewährleisten und Genehmigungsprozesse erleichtern. „Wir fordern ein sofortiges Moratorium für neue Regulierungen und ein einheitliches Verfahren zur Überprüfung bestehender Regelungen“, betonte Jankowsky.
2. **Energiepreise und Infrastruktur:** Die IHKs fordern eine Deckelung der Netzentgelte und eine Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau. „Industrie und Mittelstand benötigen sichere und kostengünstige Energie als Lebenselixier“, so Max Jankowsky.
3. **Steuersystemreform:** Eine Senkung der Körperschaftsteuer und des Solidaritätszuschlags sowie erhöhte Abschreibungen sollen Investitionen anregen. „Hohe Unternehmenssteuern stellen einen Wettbewerbsnachteil dar“, erklärte Dr. Andreas Sperl, Präsident der IHK Dresden.
4. **Investitionen in Infrastruktur:** Massive öffentliche Investitionen sind notwendig, um den Investitionsstau in der Infrastruktur aufzulösen. „Der Ausbau der Telekommunikations- und Wasserstoffinfrastruktur muss vorangetrieben werden“, forderte Dr. Sperl.
5. **Förder- und Industriepolitik:** Innovationsfreundliche steuerliche Rahmenbedingungen und mehr Risikokapital sollen die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen. „Der Mittelstand ist auf staatliche Unterstützung angewiesen, um die Transformation in eine digitale, automatisierte und klimabewusste Wirtschaft zu meistern“, so Sperl weiter.
6. **Flexibilisierung des Arbeitsmarktes:** Flexiblere Arbeitszeitmodelle und eine stärkere Förderung der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt sind notwendig. „Leistung muss sich wieder lohnen“, betonte Max Jankowsky.

7. **Bildungsreform und Fachkräftesicherung:** Eine praxisnahe und zukunftsorientierte Bildungslandschaft ist entscheidend. „Bildung ist der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und der Wirtschaft“, so Kristian Kirpal, Präsident der IHK zu Leipzig.
8. **Modernisierung der Sozialversicherungssysteme:** Reformen sind notwendig, um eine nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherung zu garantieren. „Die Belastung des Faktors Arbeit muss sinken“, erklärte Kirpal.
9. **Stärkung des internationalen Handels:** Die Bundesregierung muss sich für effektive Verhandlungen der EU mit Freihandelspartnern einsetzen. „Europa und Deutschland müssen ein wichtiger Akteur der globalen Wirtschaft bleiben“, forderte Kirpal.
10. **Förderung der zirkulären Wirtschaft:** Der Zugang zu kritischen Rohstoffen und die Förderung der Kreislaufwirtschaft sind essenziell. „Die Wiederverwertung von Ressourcen und der Abbau heimischer Rohstoffe müssen strategisch unterstützt werden“, betonte der Leipziger IHK-Präsident.

„Die sächsischen Industrie- und Handelskammern verstehen sich als kompetenter und lösungsorientierter Partner für die anstehenden wirtschaftspolitischen Reformen“, sagte Max Jankowsky abschließend. „Unsere Forderungen bieten den Kandidaten zur Bundestagswahl einen klaren Leitfadens, um die Weichen für eine wirtschaftlich starke Zukunft zu stellen. Wir setzen auf Freiheit und weniger staatliche Einmischung. Der Staat sollte sich darauf konzentrieren, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Wirtschaft eigenverantwortlich und erfolgreich agieren kann.“

Kontakt:

Industrie- und Handelskammer Chemnitz
Ramona Nagel, Referatsleiterin Kommunikation
Tel.: 0371 6900- 1110, E-Mail: ramona.nagel@chemnitz.ihk.de

Industrie- und Handelskammer Dresden
Lars Fiehler, Geschäftsführer Standortpolitik und Kommunikation
Tel.: 0351 2802-220, E-Mail: fiehler.lars@dresden.ihk.de

Industrie- und Handelskammer zu Leipzig
Carsten Wurtmann, Presseressort
Tel.: 0341 1267-1131, E-Mail: carsten.wurtmann@leipzig.ihk.de